

Dr. Emil Beck setzte sich voll für einen Zollvertrag mit der Schweiz ein. Hinter ihm stand die Volkspartei. Er ist zusammen mit Dr. Wilhelm Beck der Baumeister des Zollvertrages. Auf seinen Vorschlag stimmten die Regierungen beider Staaten zu, eine gemischte Kommission aus liechtensteinischen und schweizerischen Vertretern zu bilden, die die mit dem Abschluss eines Zollvertrages in Zusammenhang stehenden Fragen und Einzelheiten prüfen sollte. Er drängte auf eine rasche erste Verhandlungsrunde mit der Schweiz, die am 23./24. Januar 1920 stattfand. Dr. Emil Beck war nicht nur Geschäftsträger, sondern auch Unterhändler der Regierung beim Schweizerischen Bundesrat. Seine Zollvertragspolitik war 1922, als er den Entwurf des Schweizerischen Bundesrates der liechtensteinischen Regierung übermittelte, auch die der Regierung. Sie verliess sich auf sein Urteil. Es war denn auch Dr. Emil Beck, der den liechtensteinischen Standpunkt zum Zollvertrag formulierte.

bb) *Gesandtschaft in Wien*

Prinz Eduard von Liechtenstein war fürstlicher Gesandter in Wien. Nach Aufkündigung des Zollvertrages mit Österreich hatte er im Auftrage der Regierung mit dem österreichischen Staatsamt für Äusseres in Wien Verbindung aufgenommen, um nach Möglichkeiten eines neuen Zollvertrages mit Österreich zu suchen. Am 2. Dezember 1919 fanden Verhandlungen über die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich statt. Die liechtensteinische Verhandlungsdelegation, der auch Landtagspräsident Friedrich Walser angehörte, stand unter seiner Leitung. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass Landtagspräsident Friedrich Walser und er der österreichischen Seite zu verstehen gaben, dass «wenn Österreich den zollpolitischen Anschluss an ein grösseres Gebiet, sei es nun Deutschland, sei es eine Donauföderation, finde, dann werde die Majorität des Landes, nach ihrer gegenwärtigen Stimmung zu schliessen, ohne Zweifel für den Zollanschluss an Österreich sein, trotzdem eine Minderheit stark nach der Schweiz» hin tendiere.<sup>17</sup>

Prinz Eduard von Liechtenstein stimmt mit der Politik der Bürgerpartei überein. Er schreibt in seinem Buch «Liechtensteins Weg von Österreich zur Schweiz», es sei nicht Angst vor einem «imperialistischen

---

17 LLA SF Zollsachen 1923/304 Reg. ad 8.